



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484

FAX: (030) 227 – 76992

E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)

Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Im Rahmen einer Pressekonferenz zu den Themen „Europäischer Bildungsraum“ und „Lebenslanges Lernen“ am 5. April 2007, im Berliner Paul-Löbe-Haus, erklärt Uwe Schummer MdB, Berichterstatter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Berufliche Bildung im Deutschen Bundestag:

### **Investition in Bildung – Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung**

Deutschland lebt von der Kreativität der Menschen. Bildung und Lebenslanges Lernen sind zentrale Voraussetzungen, damit Deutschland ein Land der Ideen bleibt. Wichtig ist, dass Aus- und Weiterbildung immer stärker im Europäischen Bildungsraum stattfinden.

Wissen ist der bedeutendste Rohstoff, den wir fördern müssen. Arbeitnehmer, die sich kontinuierlich weiterbilden, verbessern nicht nur ihr Wissen und Können; sie sichern auch ihre Beschäftigungsfähigkeit und steigern ihre Aufstiegs- und Einkommenschancen. Insofern ist Bildungsförderung auch Alterssicherung. Je höher die Beschäftigungschancen, umso solider ist die Alterssicherung.

Weiterbildung schafft Innovationen. Deutschland kann mit Recht als Ideenschmiede Europas bezeichnet werden. Kein anderes Land in der EU hat so viele Patentanmeldungen. 2006 wurden 60.600 Patente beantragt; davon rund 80% aus der Wirtschaft, entwickelt von gut ausgebildeten Mitarbeitern. Auch für die Unternehmen gilt: Bildung bringt die meisten Zinsen.

**PRESSMITTEILUNG**

Trotz dieser Erkenntnis ist die Weiterbildung in Deutschland rückläufig. Dies zeigt die Studie „Berichtssystem Weiterbildung IX.“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung aus dem Jahr 2006. Die Teilnahmequote der 19-64 Jährigen an Weiterbildungsmaßnahmen sank von 48% in 1997 auf 41% in 2003.

Sie liegt in Österreich bei 89%, in Luxemburg und Slowenien bei 82%, in den Skandinavischen Länder bei etwa 75%. Deutschland liegt unter dem europäischen Durchschnitt von 42%. Die Weiterbildungsquote der über 50jährigen sinkt auf nur noch 4%.

Die Koalitionsfraktionen haben eine parlamentarische Initiative zum Europäischen Bildungsraum verabschiedet. Sie wird auch von den Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und FDP mitgetragen. Der Text, Ausschuss-Drs.: 16(18)183, ist beigelegt.

### **Darin fordern wir:**

- einen Europäischen Qualifizierungsrahmen (EQR), der Kompetenzen ohne Grenzen bewertet. Unabhängig davon, ob sie auf schulischem, akademischem oder betrieblichem Wege erlernt wurden. Dieser Bewertungsrahmen soll in allen 27 Ländern der Europäischen Union gelten. Nicht der Weg, sondern das tatsächliche Können ist entscheidend. Die Mobilität der europäischen Bürger wird vereinfacht. Die unterschiedlichen nationalen Bildungssysteme werden ergebnisorientiert vergleichbar.
- einen Europäischen Bildungspass (Europass). Der Kompetenzen und Abschlüsse europaweit dokumentiert. Mit dem Europass ermutigen wir zur europaweiten Aus- und Weiterbildung. Er schafft mehr Vergleichbarkeit der Abschlüsse für alle Bürger zwischen Portugal und Zypern.
- dass der EQR die bisherige für die duale betriebliche Ausbildung unerträgliche Anerkennungsrichtlinie der Europäischen Union ersetzt. Von der Bundesregierung erwarten wir, dass sie gemeinsam mit Österreich und Luxemburg eine Offensive für die duale berufliche Ausbildung startet.
- dem EQR bis 2011 einen nationalen Qualifizierungsrahmen (NQR) vorzuschalten. Hierbei bauen wir auch auf die Mitwir-

kung der Bundesländer und Sozialpartner. Gemeinsam müssen Bund, Länder und Sozialpartner Maßnahmen ergreifen, um die Berufliche Weiterbildung zu erhöhen.

Ergänzend zum Europäischen Bildungsraum diskutieren wir eine parlamentarische Initiative zum Lebenslangen Lernen. Die berufliche Weiterbildung muss durch einen Finanzierungsmix organisiert werden, der eine angemessene Beteiligung von öffentlichen Haushalten, Arbeitgebern und Arbeitnehmern sicherstellt. Instrumente, die wir bis Juli 2007 einbringen wollen, sind:

**1. Bildungssparen.** Mit dem Vermögensbildungsgesetz soll neben dem Bausparen und der Mitarbeiterbeteiligung auch das Bildungssparen steuerlich und durch Arbeitgeber gefördert werden. Nach dem Vermögensbildungsgesetz sind rund 13 Mio. Menschen förderungsberechtigt. Bisher nimmt nur die Hälfte der Anspruchsberechtigten hieran teil. Anspruchsberechtigt sind Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 19.900 €, bei Verheirateten 35.800 €.

**2. Bildungsprämie.** Nach dem Vorbild der nordrhein-westfälischen Landesregierung soll eine Bildungsprämie für außerbetriebliche Kurse bis maximal 50% des Teilnehmerbeitrages finanziert werden. Der Höchstbetrag liegt bei 154 €. Hauptsächlich richtet sich die Bildungsprämie an ältere Arbeitnehmer und an Beschäftigte von kleinen und mittleren Unternehmen.

**3. Bildungskredite.** Nach dem Vorbild der Studienkredite sollen nachgelagerte Bildungsdarlehen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau aufgelegt werden.

**4. Langzeitkonten.** Die Tarif- und Betriebspartner werden ermuntert, verstärkt Langzeitkonten zeitverzinst einzurichten. Dies erhöht die innerbetriebliche Flexibilität und schafft Zeiträume für Familienphasen, einen früheren Renteneintritt und Qualifizierungen.

Die deutsche EU-Präsidentschaft muss auch dazu genutzt werden um den Stellenwert der Bildung europaweit zu erhöhen. Deutschland hat eine zentrale Vorbildfunktion. Unsere duale Ausbildung ist ein wichtiges Fundament für die permanente Weiterbildung. Die Investition in Bildung ist der Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung.